

«Männer überschätzen sich eher»

Politisches Engagement Gemeinden tun sich schwer, motiviertes politisches Personal zu finden. Politologe Pirmin Bundi erklärt die Gründe – und was Gemeinden dagegen tun können.

Stephanie Jungo

Herr Bundi, haben Sie sich jemals politisch engagiert?

Nein, gar nicht. Ich bin politisch interessiert, aus einem Grund studiert man Politikwissenschaften und wird Politologe. Ich habe meine Rolle aber immer so verstanden, dass ich Politik analysiere und nicht selber mache.

Ein politisches Amt war für Sie nie Thema?

Ich lebe zurzeit in der Stadt Bern und bin der Politik nicht so nah. Wenn ich später vielleicht in einer kleineren Gemeinde lebe und jemand auf mich zukommt und fragt, ob ich mich für die Gemeinde engagieren möchte, könnte ich es mir vorstellen.

Liegt der Personalmangel in den Gemeinden also auch daran, dass die Leute nicht einfach gefragt werden?

Einer der wichtigsten Gründe, warum sich Menschen engagieren, ist, dass sie von jemandem aus dem persönlichen Netzwerk angefragt werden. Das zeigen diverse Forschungen.

In der Regel tun sich Gemeinden schwer, motivierte Leute zu finden.

Das ist nicht nur in der Gemeindepolitik so, sondern ein genereller Trend. Menschen engagieren sich weniger in der langfristigen Freiwilligenarbeit. Sie sind eher motiviert, bei einem Projekt mitzumachen, das auf eine bestimmte Zeit beschränkt ist.

Viele wollen sich also nicht mehr festlegen?

Unser Leben hat sich verändert. Wir möchten vielleicht reisen oder in eine andere Stadt ziehen. Da passt es weniger, wenn man eine wiederkehrende Verpflichtung in der Gemeinde hat. Die Mobilität hat allgemein zugenommen. Früher hatten die Menschen auch eine ganz andere Identität.

Was ist daraus geworden?

Viele sind in einem Dorf aufgewachsen und dort geblieben. Heute ziehen Menschen eher weg, irgendwo an eine S-Bahn-Linie, wo sie wenig mit der Gemeinde zu tun haben. Das liegt auch daran, dass die Schweiz gewachsen und urbaner geworden ist, die Gemeinden sind ein Stück weit anonym geworden.

In Herzogenbuchsee ist ein Verein entstanden, der die politische Debatte und damit das Engagement fördern will. Sind solche Vereine sinnvoll?

Absolut. Es gibt viele solche Beispiele. Wenn motivierte Leute andere abholen und einen Verein gründen, verleiht das ihnen und ihren Anliegen Sichtbarkeit.

Gibt es ein Aber?

Solche Vereine stehen und fallen oft mit einzelnen Personen. Es kann durchaus ein Mittel sein, aber ich bin mir nicht sicher, ob es die richtige Lösung ist, um das Milizsystem zu stärken. Es braucht schlussendlich immer das Engagement von genügend Menschen.



Pirmin Bundi analysiert die politischen Prozesse auf Gemeindeebene. Foto: Franziska Rothenbühler

Wo finden Gemeinden diese Menschen?

Wir schöpfen das Potenzial aktuell nicht aus. Wenn man schaut, wer in den Gemeinden aktiv ist, sind das vor allem gut ausgebildete Männer im mittleren Alter. Wir hätten aber ein Reservoir an gut ausgebildeten Frauen.

Warum engagieren sich Frauen nicht?

Einerseits schätzen sich Frauen kritischer ein. Sie gehen nicht in die Gemeindepolitik, weil sie sich nicht für kompetent halten. Männer hingegen überschätzen sich eher, treten ein Amt an und geben es nach vier Jahren wieder auf. Es ist zudem immer noch so, dass vor allem Frauen die Familienarbeit übernehmen. Die Sit-

Verein gegen Politikverdrossen

Herzogenbuchsee gehört zu den Gemeinden, in denen das Stimmvolk das Budget ablehnte. Die Diskussionen um die Gemeindefinanzen und ein wahrgenommener Mangel an Engagement waren Anlass für die Gründung des Vereins IG Pro Buchsi, der sich gegen den Politikverdrossen einsetzten möchte. Im Interview zeigt Pirmin Bundi die Herausforderungen für die Gemeindepolitik auf. Bundi ist Assistenzprofessor für Politikevaluation am Institut für öffentliche Verwaltung der Universität Lausanne. (js)

zungen liegen dann zeitlich einfach nicht drin.

Die Rekrutierung von politischem Personal ist eine klassische Aufgabe der Parteien. Wo sind die Parteien geblieben?

Die Parteistruktur in der Schweiz hat sich verändert. Früher gab es zuerst die liberale Partei, dann die Konservativen. Sie haben alle angesprochen, man nennt das «catch-all-Parteien». Mit der Sozialdemokratie entstand eine Partei, die sich auf eine bestimmte Zielgruppe spezialisierte. Heute sind viele Parteien auf bestimmte Themen spezialisiert.

Was hat das für Folgen für die Gemeinden?

Spezialisierte Parteien sind oft nicht mehr so breit aufgestellt, gerade wenn es um lokale Themen geht.

Parteipolitik lässt sich kaum machen mit Strassen und Abwasser.

Deshalb hat es viele Parteiunabhängige in der Gemeindepolitik, es ist für Parteien nicht mehr so attraktiv. Früher absolvierten Politikerinnen und Politiker die Ochsentour, das ist heute anders. Es gab selten so viele Nationalrätinnen und Nationalräte, die zuvor kein politisches Amt hatten.

Was bedeutet der Rückzug der Parteien?

Die Parteien haben die Verantwortung, sich um die Rekrutierung des politischen Personals der Gemeinden zu kümmern, etwas abgegeben. Sie fragen sich, was sie gewinnen können mit der Gemeindepolitik. Es ist ein gesellschaftliches Phänomen, das durchdrückt: Was springt für mich heraus, wenn ich etwas mache?

Gemeinden tun sich teils schwer, politische Vorlagen durchzubringen, zum Beispiel Budgets. Das kann auch zu einer Frustration in den Gemeindeexekutiven führen. Wie lässt sich das erklären?

Das ist ein Problem, das wir in den nächsten Jahren wohl vermehrt haben werden. In der Forschung nennen wir das «affective polarization». Es geht dabei um ein Phänomen, bei dem die politischen Einstellungen der Menschen immer weiter auseinanderklaffen, bis hin zu negativen Gefühlen gegenüber denjenigen, die andere Ansichten vertreten. Diese Polarisierung geht über politische Differenzen hinaus und ist durch eine starke emotionale Bindung an die eigene politische Gruppe und eine entsprechende Verachtung für die andere Seite gekennzeichnet.

Welche Ursache hat diese Entwicklung?

Menschen verlieren das Vertrauen in die Politik und akzeptieren

«Der Stammtisch ist nicht mehr in der Dorfbeiz, sondern auf Facebook oder Twitter.»

andere Meinungen weniger. Corona hat beispielsweise gezeigt, dass es teilweise keine gemeinsame Basis mehr gibt und keine Einigkeit darüber, was Fakt ist. Leute sind generell kritischer, Politik ist komplexer geworden.

War es früher einfacher?

Es war früher sicher nicht alles einfacher. Aber wir haben viele Institutionen unseres politischen Systems vor fast 180 Jahren geschaffen. Seither hat sich unser Leben sehr verändert. Wir sind vernetzter, haben mit neuen Problemen zu kämpfen.

Was sind das für Probleme?

Zum Beispiel Hackerangriffe auf Gemeinden. Die Leute brauchen Kompetenzen im Bereich der Digitalisierung. Hinzu kommen viele Probleme, die Gemeinden allein gar nicht lösen können, etwa der Klimawandel oder die Energiekrise.

Die Kompetenzen der Gemeinden sind ohnehin nicht mehr gross. Vieles regelt der Kanton. Macht das die Gemeindepolitik noch langweiliger?

Es gibt ein Gefälle zwischen den Ebenen. Während Corona wäre beispielsweise ohne den Bund nichts gegangen, sehr häufig gibt es dieses Gefälle auch zwischen den Kantonen und den Gemeinden. Wie Kantone die Gemeinden genau steuern, dazu fehlen Studien. Aber der Handlungsspielraum ist sicher kleiner geworden, Gemeinden müssen mehr ausführen.

Geht kantonale und kommunale Politik auch angesichts nationaler und internationaler Themen etwas vergessen?

Das Lokale ist vielleicht ein bisschen weniger geworden. Wir sind über die sozialen Medien mit Menschen auf der ganzen Welt verbunden, das rückt internationale Themen in den Fokus. Auch nationale Themen sind sehr präsent.

Wirken sich nationale Umwälzungen vermehrt auf die Gemeinde aus?

Ja, definitiv. Nehmen wir die sozialen Medien. Der Stammtisch ist nicht mehr in der Dorfbeiz, sondern auf Facebook oder Twitter. Der Algorithmus bringt Menschen zusammen, die dieselbe Meinung haben. Das führt dazu, dass ganz andere Themen diskutiert werden. So verschiebt sich der Fokus auf das Nationale, vielleicht sogar Internationale.

Wie sollen Gemeinden auf diese Veränderungen reagieren?

Die Gemeinden müssen sich an neue Bedürfnisse anpassen. Ein Beispiel ist die Kommissionsarbeit. Gemeinden könnten sie als Projekt betrachten. Es braucht dann vielleicht Leute, die sich anderthalb Jahre für ein Wasserkwerkprojekt engagieren und nicht über vier Jahre.

Was ist mit finanziellen Anreizen?

Wir wissen aus der Forschung, dass Miliztätige wenig auf finanzielle Anreize reagieren, weil sie diese Aufgaben nicht wegen des Geldes machen. Aber eine Idee wäre etwa Entschädigungen für Kita-Tage, damit sich Menschen mit Familie engagieren können.

Gibt es noch weitere Anreize, an die die Gemeinden gar nicht denken?

Man kann kreativ sein und neue Sachen testen. In Lausanne gibt es beispielsweise eine Idee, Projekte, bei welchen Bürgerinnen und Bürger selbst Ideen einbringen und entscheiden können, wofür 100'000 Franken eingesetzt werden sollen.

Woran müssen wir als Gesellschaft denken?

Es braucht Wertschätzung und eine gewisse Offenheit für neue Ideen. Warum sollten sich beispielsweise Menschen ohne Schweizer Pass nicht engagieren dürfen? Auch Arbeitgeber sollten mehr Verständnis zeigen gegenüber Menschen, die sich engagieren möchten.